

INHALT

1. Streit in der Koalition über Ressortumbildung nach Wende-Rücktritt
2. Landesregierung erleidet Schlappe in Anhörung
3. CDU-Landtagsfraktion begrüßt Asylrechtsänderung des Bundestages
4. CDU kritisiert Marketingtrick der Landesregierung
5. CDU-Fraktion fordert erneut Akteneinsicht im Fall Sana Klinik
6. CDU-Fraktion informiert sich beim Landesjagdverband

19.09.2014

Streit in der Koalition über Ressortumbildung nach Wende-Rücktritt Albig ernennt Nachfolgerin und handelt sich neuen Ärger ein



Oppositionsführer Johannes Callsen

Am Montag morgen überraschte Ministerpräsident Torsten Albig mit der Mitteilung, Bildungsministerin Professor Wende sei zurückgetreten. Zunächst wirkte es so, als ob sie von sich aus um ihre Entlassung gebeten hatte – und zwar bereits am Freitagabend. Im Laufe der Woche wurde jedoch bekannt, dass Albig sie am Freitag nach dem Ende der Landtagssitzung zu einem Gespräch gebeten hatte – an dessen Ende die Ministerin dann ihren Rücktritt erklärt habe. Zuvor soll es aus den Regierungsfractionen – vor allem der Grünen aber auch der SPD – erheblichen Druck gegeben haben. Noch vor wenigen Tagen hatte Albig erklärt, selbst im Falle einer Anklage an Wende festhalten zu wollen.

„Wenn die Berichterstattung stimmt, dann darf dieser Ministerpräsident nicht einmal mehr entscheiden, wer wann zurücktreten muss und wer dafür ins Kabinett nachrückt“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen dazu.

Am Dienstagmorgen stellte Albig die Ehefrau von Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz – Britta Ernst – als neue Bildungsministerin vor. Da der Vorstandsvorsitzende des UKSH – Professor Jens Scholz – damit der Schwager der neuen Ministerin wäre, übertrug Albig die Zuständigkeit für die gesamte Wissenschaftsabteilung an das Sozialministerium. Das Bildungsministerium erhielt dafür die Zuständigkeit für die berufliche Bildung aus dem Wirtschaftsministerium.

Damit brachte der Ministerpräsident nicht nur nahezu die gesamte Hochschullandschaft und die Wirtschaft gegen sich auf – sondern auch den grünen Koalitionspartner. Die grüne Landesvorsitzende Ruth Kastner beklagte öffentlich, dass diese Strukturänderung ohne Zustimmung ihres Landesverbandes erfolgte. Sie berief sich auf den Koalitionsvertrag, der ausdrücklich die Zuständigkeit für die Wissenschaft ins Bildungsministerium gibt. Der grüne Hochschulpolitiker Rasmus Andresen wurde auf Twitter deutlicher: „Als Hochschulpolitiker kann ich die eigenmächtige Entscheidung von MP Albig, Wissenschaft/Hochschule im Sozialministerium anzusiedeln, nicht nachvollziehen“, schrieb er. Auch aus der SPD-Fraktion wurde deutliche Kritik öffentlich.

CDU-Hochschulexperte Daniel Günther bezeichnete die Verlegung der Zuständigkeit der Landesregierung für die Wissenschaft in das Sozialministerium als ein „Stück aus dem Tollhaus“: „Die Vernachlässigung der Wissenschaft durch die Landesregierung wird jetzt durch den Ressortzuschnitt offiziell besiegelt. Dieses wichtige Zukunftsthema wird so zum Randthema degradiert“, erklärte er.

Ministerpräsident Albig blieb auch nach der Kritik bei seiner Auffassung, die fachlichen Überschneidungen zwischen der Wissenschaft und dem Sozialministerium seien am größten. Man müsste dies nur ein bisschen besser erklären.

Für kommenden Dienstag ist ab 9 Uhr eine Koalitionsrunde angesetzt worden. „Was Herr Albig zur Chefsache erklärt, geht schief. Beim Thema Beamtenbesoldung sind ihm die Regierungsfaktionen in den Rücken gefallen; der Albig-Maut hat er im Landtag nicht mal selbst zugestimmt; das Chaos bei der Reform der Lehrkräfteausbildung hat er zu verantworten, und eine Kabinettsumbildung kriegt er auch nicht hin – immerhin darf er noch Grußkarten unterschreiben“, kommentierte Callsen.

Landesregierung erleidet Schlappe in Anhörung

Kommunalvertreter und Rechtsexperten zerreißen FAG-Reform des Innenministers

Die geplante Reform des Finanzausgleichs droht zum Desaster für die Landesregierung zu werden. In der Anhörung von Verbänden, kommunalen Spitzenvertretern und Rechtsexperten im Innen- und Rechts- sowie im Finanzausschuss am Mittwoch wurde scharfe Kritik am Gesetzentwurf von Innenminister Andreas Breitner geäußert. Der Landkreistag kündigte an, gegebenenfalls Klage einzureichen, sollte der Entwurf so verabschiedet werden. „Wir gehen von Verfassungswidrigkeit aus“, erklärte der Vorsitzende des Landkreistages, Reinhard Sager, im Ausschuss. Der Jurist Jochen Konrad Fromme stellte den Reformentwurf sogar auf eine Ebene mit dem Lottospiel. Letzteres sei für einen Finanzausgleich jedoch ein zu niedriger Anspruch, betonte er.

„Ich kann mich nicht an eine Anhörung erinnern, in der ein Gesetz so zerrissen wurde“, erklärte die CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen im Anschluss an die Sitzung. Nach dem vorgelegten Gesetzentwurf wären mehr als 80 Prozent der ländlichen Zentralorte kaum noch in der Lage, ihre Aufgaben wahrzunehmen.

Auch die Stadtrandkerne würden empfindlich getroffen werden. „Die Reform schwächt den ländlichen Raum, ohne allerdings die Probleme der Städte zu lösen“, unterstrich die Abgeordnete.

Wie stark die FAG-Reform die Kommunen verunsichert, verdeutlichte eine in dieser Woche in Berlin vorgestellte Studie von Ernst&Young. Danach erwarten neun von zehn Gemeinden in Schleswig-Holstein für die kommenden Jahre einen deutlichen Anstieg der Schulden. Bundesweit ist es nur jede zweite.

Pressemitteilung von Petra Nicolaisen, MdL

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-17_Pressemeldung_4565.pdf



Die Abgeordnete Petra Nicolaisen sieht Kritik an der FAG-Reform bestätigt.

CDU-Landtagsfraktion begrüßt Asylrechtsänderung des Bundestages **Asylrechtsänderung hilft Flüchtlingen aus Bürgerkriegsregionen**



Astrid Damerow begrüßte die Bundesratsentscheidung.

Noch am Donnerstagabend sah es danach aus, dass die von CDU und SPD vereinbarte Änderung des Asylrechts im Bundesrat abgelehnt würde. Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig kündigte an, gegen den Antrag zu stimmen. „Die Änderung ist zynisch“, behauptete das Regierungsoberhaupt des nördlichsten Bundeslandes. Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow, kritisierte diese Äußerung scharf:

„Die Argumentation von Ministerpräsident Torsten Albig ist töricht. Serbien, Mazedonien und Bosnien sind EU-Beitrittskandidaten. Und das sollen keine sicheren Herkunftsstaaten sein?“, erklärte Damerow in Kiel.

Es könne doch überhaupt keinen Zweifel daran geben, dass in erster Priorität den Menschen Asyl gewährt werden müsse, die aus Angst um ihr Leben aus Bürgerkriegsregionen fliehen. Deren Zahlen stiegen seit mehr als einem Jahr dramatisch an. „Trotz der Mahnungen aller Fachleute und unserer Aufforderung hat der Innenminister es seit über einem Jahr versäumt, zur Unterstützung der Kommunen ein schlüssiges Konzept zur menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge zu erarbeiten“, kritisierte Damerow.

Umso deutlicher begrüßte die CDU-Abgeordnete die Verabschiedung der Asylrechtsänderung im Bundesrat: „Mit dieser Asylrechtsänderung können Anträge von Menschen aus Bürgerkriegsregionen schneller behandelt werden. Das muss in der Flüchtlingspolitik jetzt unser oberstes Ziel sein“, unterstrich Damerow ihre Forderung heute (19. September 2014) im Landeshaus.

CDU kritisiert Marketingtrick der Landesregierung

Angebliche Westküsteninitiative der Landesregierung stammt ausschließlich aus EU-Mitteln

„Das ist glatte Wählertäuschung.“, Mit diesen Worten reagierte die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, auf den Start der Westküsteninitiative. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer hatte am Dienstag ein „30-Millionen Euro schweres Förderprogramm“ für die Westküste vorgestellt. Mit diesen Mitteln, die die EU bereitstellt, will die Landesregierung über einen Zeitraum von sieben Jahren in naturnahen Tourismus, Projekte der Stadtentwicklung, Konzepte im Bereich der erneuerbaren Energien und in die Verwertung von Brachflächen investieren.

Damerow wies darauf hin, dass die Landesregierung lediglich EU-Gelder verteile und keine eigenen Mittel in die Hand nehme, um die von ihr bereits vor zwei Jahren versprochene Westküsteninitiative auf den Weg zu bringen. Anders als damals von Ministerpräsident Albig angekündigt, handele es sich bei dem jetzt vorgestellten Programm nicht um eine Industrialisierungsstrategie, bemängelte die Abgeordnete.

Pressemitteilung von Astrid Damerow, MdL

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-16_Pressemeldung_4563.pdf

CDU-Fraktion fordert erneut Akteneinsicht im Fall Sana Klinik

Zusage für Neurologie-Station in Lübeck erfolgte gegen das ursprüngliche Votum der Landesregierung

Nachdem sich die Entscheidungsgrundlage des Gesundheitsministeriums geändert haben, fordert der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Jasper, nun erneut eine Akteneinsicht zur Vergabe einer Neurologischen Station an die Sana Klinik in Lübeck.

„Statt wie bisher die Prognosezahlen zur Grundlage der Entscheidung zu nehmen, hat das Ministerium auf einmal die Ist-Zahlen zugrunde gelegt“, so Jasper. Erst dadurch sei eine Genehmigung möglich geworden. Eine genaue Überprüfung des Vorganges sei auch deshalb notwendig, weil der Landeshaushalt dadurch zumindest mittelbar erheblich belastet werde. Denn die Entscheidung koste das landeseigene UKSH mehrere Millionen Euro.

Noch im April 2013 hatte das Kieler Gesundheitsministerium die Einrichtung einer Neurologie-Station an der Lübecker Sana Klinik abgelehnt. 32 Betten waren damals beantragt, zudem sollte eine "stroke unit" eingerichtet werden, die eine schnelle Hilfe für Schlaganfallpatienten bieten würde. Nach dem ersten Nein entschied sich das Ministerium im Oktober gleichen Jahres plötzlich um. 22 neurologische Betten und die gewünschte „stroke unit“ konnten nun von der Sana Klinik eingerichtet werden.

Bisher bot alleinig das Lübecker UKSH eine Neurologie Station mit zertifizierter „stroke unit“ an, die zudem auch eine Neurochirurgie sowie eine Neuroradiologie besitzt. Auch der medizinische Dienst der Krankenkassen hatte die Einrichtung einer weiteren Neurologie nicht befürwortet.



Der CDU-Gesundheitsexperte Karsten Jasper fordert weitere Akteneinsicht.

CDU-Fraktion informiert sich beim Landesjagdverband

Jäger wollen Klage gegen neue Jagd- und Schonzeitenverordnung auf den Weg bringen

Anfang der Woche hatten es die Jäger öffentlich verkündet: Unter ihrer Leitung soll Klage gegen die neue Jagd- und Schonzeitenverordnung eingereicht werden, die Umweltminister Dr. Habeck erlassen hat. Mitte der Woche trafen sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen und der Fraktionsarbeitskreis Umwelt und Agrar mit dem Landesjagdverband und informierten sich direkt über die Hintergründe.

Der Präsident des Landesjagdverbandes, Dr. Klaus-Hinnerk Baasch, führte aus, dass jede Einschränkung der Jagdzeiten nur mit einer fachlichen Begründung erfolgen könne. Schließlich handele es sich beim Jagdrecht um ein Eigentumsrecht. Ein Eingriff ließe sich nur dann rechtfertigen, wenn er der Allgemeinheit diene und ausreichend begründet sei. Dies sei, so Baasch, bei der neuen Verordnung jedoch nicht gegeben.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen äußerte sich besorgt über die Entwicklungen und begrüßte darum die Initiative der Jäger: „Umweltminister Habeck macht den Jägern das Leben schwer. Dabei dient gerade die Jagd dem Allgemeinwohl. Es sind die Jäger, die für die Erhaltung des natürlichen Gleichgewichtes in der Natur sorgen. Ihre elementare Aufgabe schränkt der Minister massiv ein“, so Callsen. Ein ähnliches Vorgehen habe der Umweltminister in der Frage der bleifreien Munition an den Tag gelegt. Anstatt auf die vorgebrachten Sachargumente zu hören, habe der Minister das Schießen mit bleihaltiger Munition ab April 2015 verboten, obwohl die Tötungswirkung bleifreier Munition sehr zweifelhaft sei und erhebliche Sicherheitsbedenken bestehen würden.

„Wir erleben es sowohl bei der bleifreien Munition als auch bei den Einschränkungen der Jagdzeiten, dass der Minister ideologische Weltanschauungen über alle Sachargumente stellt. Die Naturschutzverbände diktieren und der Minister schreibt es auf“, kritisierte der Vorsitzende des CDU-Fraktionsarbeitskreises, Heiner Rickers, am Rande des Gesprächs.

Die Klage gegen die Jagd- und Schonzeitenverordnung wird zur Zeit vorbereitet. Daran beteiligen will sich – neben dem Landesjagdverband - eine Reihe von Verbänden. Diese sind: der Arbeitskreis Jagdgenossenschaften und Eigenjagden, der Waldbesitzerverband, die AG Grundbesitz, der deutsche Fischereiverband, der Landesfischereiverband, der Verband der Binnenfischer und Teichwirte sowie der Bauernverband.



CDU-Abgeordnete und Vertreter der Jägerschaft tauschen sich aus.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de